

Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 64 (1985)
Heft: 5

Artikel: Frieden und Abrüstung : widerlegt Genf die Friedensbewegung?
Autor: Bastian, Gert
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-340250>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 05.02.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

kleineren und mittleren Unternehmen geplant, deren Tätigkeit sich nicht auf das Saargebiet konzentriert.

Von der Errichtung einer Kohleverflüssigungsanlage will Lafontaine Abstand nehmen, weil die Kohleverflüssigung mit heimischer Kohle leider als unwirtschaftlich gilt. Aus dem europäischen Regionalfonds könnte

die Schaffung eines Technologieparks vorangetrieben werden. Ein Gründerzentrum kann in drei Jahren 2000 Menschen Arbeit vermitteln. Lafontaine geht es um eine neue Verteilungspolitik für Arbeit, nicht um eine bloße Wachstumspolitik.

Oskar Lafontaine dürfte angesichts dieser Aufgaben deshalb

von keinem Ministerpräsidenten eines anderen Bundeslandes beneidet werden. Aber die SPD und die Mehrheit der Wähler wird ihm zur Seite stehen wie in keiner anderen Region. Schließlich handelt es sich bei dem 41jährigen Lafontaine um einen Arbeitersohn, Akademiker und Verwaltungsfachmann mit Charisma!

Frieden und Abrüstung

Widerlegt Genf die Friedensbewegung?

Von Gert Bastian, General a.D.

General a.D. Gert Bastian, Jahrgang 1923, ist z.Z. fraktionsloser Abgeordneter im Deutschen Bundestag. Nach Teilnahme am Zweiten Weltkrieg war er 1946 bis 1955 als Buchbinder tätig. 1956 trat er in die neu gebildete Bundeswehr ein, durchlief eine Generalstabsausbildung und war von 1969-72 Referent für Heereskonzeption im Verteidigungsministerium. 1976 zum Divisionskommandeur und Generalmajor aufgerückt, nahm er im Januar 1980 unter Protest gegen den NATO-Beschluss vom 12.12.79 seinen vorzeitigen Abschied aus dem aktiven Dienst.

Seit sich im Herbst 1984 die Wiederaufnahme von Rüstungskontrollgesprächen der Supermächte an einem zunächst noch fernen Horizont abzuzeichnen begann, galt es vielen als ausgemacht: Die Rechnung der NATO und der meisten westlichen Regierungen, vor allem der alten und neuen Bundesregierung, die abrüstungsunwilligen Sowjets mit Pershing-2-Raketen in Westdeutschland an den Verhandlungstisch zurückzwingen

zu können, war aufgegangen. Je konkreter die Gesprächsaussichten in der Folge wurden, desto mehr verfestigte sich dieser Eindruck, der von selbstzufriedenen offiziellen Stellungnahmen ebenso genährt wurde wie von zahllosen Zeitungs-, Fernseh- und Rundfunkkommentaren, die alle in ein und dieselbe Kerbe schlugen: Präsident Reagan und die ihn unterstützenden westlichen Staatsmänner hatten recht, die Friedensbewegung mit ihrem kurzsichtigen Protest gegen neue amerikanische Mittelstreckenwaffen in Europa hatte profund unrecht. Eine Bilanz, die von der offensichtlichen Ratlosigkeit in der Friedensbewegung noch unterstrichen zu werden schien, deren sonst so wortgewaltige Koordinatoren nach der falschen und erfolglosen Zielzuweisung «Manöverbehinderung» für den Herbst 1984 ausgerechnet für 1985, zum 40sten Jahrestag des Kriegsendes und zum 30sten des westdeutschen NATO-Beitritts, nichts anderes eingefallen war, als eine «Denkpause» zu empfehlen.

Um so notwendiger ist es deshalb, der Frage nachzugehen, ob die am 12. März 1985 in Genf begonnenen neuen amerika-

nisch-sowjetischen Gespräche über die Bereiche Weltraumrüstung, Strategische Rüstung und Mittelstreckensysteme als Aktiv-Posten tatsächlich so gewichtig zu Buche schlagen, dass dafür die Negativa der fortschreitenden nuklearen Aufrüstung in Ost- und Westeuropa mit den bereits jetzt eintretenden Folgen für die eurostrategische Stabilität zwischen den Blöcken und für ein kriegsverhinderndes Krisenmanagement im Konfliktfall bedenkenlos in Kauf genommen werden können. Denn nur wenn die Frage so gestellt und untersucht wird, lässt sich erkennen, ob der Beginn der Pershing-Stationierung in der Bundesrepublik und das Auftauchen der ersten Marschflugkörper auf den britischen Inseln unvermeidbare Schritte in Richtung auf letztlich weniger Nuklearwaffen in Europa gewesen sind oder ob damit nicht eine für Europa besonders riskante Rüstungseskalation in Gang gesetzt worden ist, deren Eingrenzung durch einen Erfolg der neuen Verhandlungen, wenn überhaupt, dann nur auf einem ungleich höheren Niveau beiderseitiger Rüstung gelingen kann. Der euphorische Hinweis auf den blossen Beginn solcher Ver-

handlungen ersetzt ein solches Abwägen nicht. Es greift deshalb zu kurz, die Tatsache der am 12.3.1985 in Genf begonnenen Rüstungskontrollgespräche als triumphalen Erfolg westlicher Politik zu feiern, aber kein Wort über jene neuen Risiken zu verlieren, die den Europäern mit der Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in zwei von fünf dafür vorgesehenen europäischen NATO-Ländern und neuer sowjetischer Nuklearraketen in der DDR und CSSR bereits aufgebürdet worden sind bzw. der gesamten Menschheit mit den amerikanischen Programmen für einen «Schutzschild» im Weltraum und einen gleichzeitigen Ausbau der strategischen Offensivwaffen noch aufgebürdet werden. Doch wenden wir uns zunächst der Lage in Europa zu. Am 23.11.1983 trafen in Mutlangen die ersten amerikanischen Pershing-2-Raketen ein, nachdem der Deutsche Bundestag nur einen Tag vorher mit der Stimmenmehrheit der Regierungsparteien die Stationierung von 108 Pershing-2-Abschussgeräten und 96 Marschflugkörpern auf westdeutschem Boden genehmigt hatte. Die Sowjets reagierten wie angekündigt und verließen noch am 23.11.1983 die Genfer INF-Verhandlungen zur Reduzierung der eurostrategischen Mittelstreckensysteme beider Seiten. Nur wenig später erklärten sie auch die Genfer START-Verhandlungen zur Begrenzung der strategischen Rüstung für beendet. Auch die militärische Reaktion der UdSSR auf den Stationierungsbeginn in Westeuropa liess nicht lange auf sich warten. Im Frühjahr 1984 wurden neue sowjetische Nuklearsysteme in die DDR und CSSR gebracht und nach sowjetischen Angaben auf die Stationierungsorte der Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper im Westen gerichtet. Ob auch sowjetische Marschflugkörper auf

Westeuropa vorprogrammiert wurden, ist nicht bekannt, muss aber vermutet werden.

Mit den beiderseitigen neuen Rüstungsschritten in Europa wurde erstmals eine Situation geschaffen, die sich nicht mehr mit dem Prinzip der «Mutual Assured Destruction» (MAD), der garantierten gegenseitigen Vernichtung, erklären oder gar rechtfertigen lässt. Mit einem Prinzip also, das jahrzehntelang für die Bereitstellung immer neuer Nuklearwaffen taktischer, eurostrategischer und strategischer Art in Ost und West bestimmend gewesen war und trotz seiner moralischen Fragwürdigkeit für sich in Anspruch nehmen konnte, den Angriff mit Nuklearwaffen durch eine der Besitzermächte praktisch unmöglich gemacht zu haben. Denn solange Wissenschaft und Technik keinen Ausweg aus der Zwangslage anzubieten vermochten, mit einem nuklearen Angriff zwar dem Gegner schweren Schaden zufügen, jedoch seiner nicht minder tödlichen Vergeltung keinesfalls entgehen zu können, war ein Überfall mit Nuklearwaffen praktisch unmöglich gewesen.

Das hat sich inzwischen jedoch leider geändert. Wenn auch nicht offiziell verabschiedet, ist in den USA eine Nuklearstrategie entwickelt worden, die darauf abzielt, auf ausseramerikanischem Territorium stationierte Nuklearwaffen gegen Ziele im Warschauer-Pakt-Bereich einsetzen zu können, ohne das Risiko einer Eskalation zum interkontinentalen Schlagabtausch in Kauf nehmen zu müssen. Dabei glaubt man, bei einem frühzeitigen Abfeuern der in Westeuropa in Stellung gebrachten Nuklearsysteme einer neuen, besonders treffgenauen Generation, die wichtigsten Schaltstellen im politischen und militärischen Führungsapparat der UdSSR so wirkungsvoll aus-

schalten zu können, dass die sowjetische Fähigkeit zum planvollen Reagieren entscheidend reduziert wird. In dieser Absicht, nicht im Wunsch, die Sowjets an den Genfer Verhandlungstisch zurückzuzwingen, liegt der wahre Grund für amerikanische Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa.

Diese für Europa recht unerfreuliche Veränderung auf dem Gebiet nuklearer Kriegsführungsoptionen, die mit Abschreckung nur mehr wenig zu tun haben, ist von der Sowjetunion in erheblichem Masse mitverschuldet worden. Schon mit der Ablösung ihrer veralteten, auf Westeuropa zielenden Mittelstreckenraketen vom Typ SS-4 und SS-5 durch die moderneren und gefährlicheren SS-20-Systeme hat die Sowjetunion die Westeuropäer in wenig entspannungskonformer Weise beunruhigt und westlichen Staatsmännern eine Gelegenheit geboten, für überwunden gehaltene Bedrohungsängste wiederzubeleben. Die dabei bevorzugt verwendete Behauptung, mit den neuen sowjetischen SS-20-Raketen würden die Völker Westeuropas in bisher nicht dagewesener Weise bedroht, ja erpressbar und angreifbar werden, entbehrte zwar jeder sachlichen Grundlage, war aber als Propagandainstrument ungemein wirksam, weil in ihrer Unrichtigkeit nicht ohne weiteres zu durchschauen und daher scheinbar überzeugend. Tatsächlich eröffneten noch so viele SS-20-Raketen den Sowjets keine grundsätzlich anderen Möglichkeiten der nuklearen Bedrohung oder Kriegsführung in Europa als die rund 600 seit etwa 20 Jahren nach Westeuropa gerichteten SS-4- und SS-5-Raketen auch, deren Vorhandensein die NATO zu keiner Zeit besonders beunruhigt hatte.

In all diesen Jahren hätten sowjetische Mittelstreckenraketen

Westeuropa in Schutt und Asche legen können, wären sie abgefeuert worden. Doch hätten sie nicht eines der westlichen Vergeltungssysteme mittlerer Reichweite ausschalten können, die das Warschauer-Pakt-Territorium mit gleichwertigen Schäden bedrohten. Und zwar schon deshalb nicht, weil die eurostrategischen Systeme der NATO, von 18 landgestützten Raketen der Franzosen abgesehen, grösstenteils aus französischen, britischen und dem NATO-Oberbefehlshaber in Europa für seine Zielplanung zur Verfügung gestellten amerikanischen U-Boot-Raketen bestanden und somit nahezu unverwundbar waren. An dieser Tatsache hätten auch zehnmal mehr SS-20-Raketen, als 1979 tatsächlich vorhanden waren, nichts ändern können. Dennoch war es begreiflich, dass die forcierte Indienststellung eines wesentlich verbesserten und von den angezielten Ländern zwangsläufig als bedrohlicher bewerteten sowjetischen Raketentyps im Westen als unverständliche Provokation empfunden wurde, deren psychologische Auswirkung und propagandistische Ausschlagung vom Kreml bei etwas weniger penetranter Rüstungsbesessenheit leicht hätte vorausgesehen werden können.

Ablauf und Ergebnis des westlichen Propagandafeldzuges für eine als «Nachrüstung» deklarierte Stationierung neuer amerikanischer Mittelstreckenwaffen in fünf europäischen NATO-Ländern, vor allem in der Bundesrepublik, sind bekannt. Doch hätte diese Stationierung wohl noch im Herbst 1983 vermieden werden können, wenn die Sowjetunion bereit gewesen wäre, ihren in die stagnierenden Genfer Verhandlungen eingebrachten Vorschlag, die Anzahl der auf Westeuropa zielenden SS-20-Raketen auf das Niveau der britischen und fran-

zösischen Mittelstreckenraketen zu senken, auch ohne formelle Zustimmung der USA einseitig in die Tat umzusetzen. Da die UdSSR dann immer noch über eine zur Abschreckung ausreichende Anzahl von SS-20-Raketen verfügt hätte, wäre sie kein sicherheitspolitisches Risiko eingegangen. Im Gegenteil, schon mit einer formellen Erklärung dieser Bereitschaft hätte sie eine moralisch überlegene Position gewinnen und im Westen ein psychologisches Klima schaffen können, in dem es keiner Regierung eines europäischen NATO-Landes möglich gewesen wäre, der Stationierung auch nur einer neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffe zuzustimmen, und zwar ganz unabhängig davon, mit welchem formalen Ergebnis die Genfer Gespräche geendet hätten. Man kann deshalb nur bedauern, dass die sowjetische Führung damals nicht bereit gewesen ist, mit diesem Handeln der Welt ein Beispiel für die im einseitigen Rüstungsverzicht liegende Weisheit zu geben, auch wenn dieser mutige Schritt zugegebenermassen die Abkehr vom gewohnten Denk- und Verhaltensmuster erfordert hätte. Ebenso bedauerlich ist, dass die Sowjetunion auf den Beginn der Pershing-2-Stationierung in der Bundesrepublik und das Eintreffen der ersten Marschflugkörper in Grossbritannien nicht klüger als mit einer «Gegenstationierung» taktisch-operativer Nuklearraketen in der DDR und CSSR reagiert hat. Sie hat damit sich und ihren Verbündeten genausowenig zu mehr Sicherheit verholten, wie die europäischen NATO-Partner der USA durch amerikanische Mittelstreckensysteme auf ihrem Boden sicherer geworden sind.

Dafür hat die sowjetische Reaktion die von allen Kritikern der westlichen «Nachrüstung» vorhergesagte Destabilisierung der

militärstrategischen Lage in Europa weiter vorangetrieben und der ebenfalls prophezeiten nuklearen Rüstungseskalation einen zusätzlichen Impuls verliehen, was weder den Ost- noch den Westeuropäern zum Vorteil gereichen kann. Darüber hinaus muss die Stationierung sowjetischer Nuklearsysteme mit ebenfalls gesteigerter Treffgenauigkeit und noch kürzeren Warnzeiten auf nicht-sowjetischem Territorium als ein Indiz dafür gewertet werden, dass die UdSSR – entgegen allen offiziellen Bekundungen – unter dem Eindruck der veränderten amerikanischen Nuklearstrategie ebenfalls dazu überzugehen beginnt, sich auf dem Boden ihrer Verbündeten jene Nuklearpotentiale zu schaffen, die für eine Strategie des begrenzten, die Supermächte zunächst weitgehend verschonenden Nuklearkriegs im Konfliktfall unerlässlich sind. Eine für die Europäer in Ost und West gleichermassen bedrückende Perspektive.

Wie angesichts dieser Rüstungs- und Strategieentwicklung westdeutsche Politiker die Stirn haben können, von einem Erfolg ihrer Sicherheitspolitik und einer Bestätigung der Richtigkeit der NATO-«Nachrüstung» zu sprechen, ist schwer verständlich. Im Vergleich zu den vagen Spekulationen über ganz ungewisse Verhandlungserfolge in ferner Zukunft stellen die bereits eingetretenen und für die Europäer nachteiligen Veränderungen im eurostrategischen Bereich eine ungleich konkretere und so eindeutig bedrohliche Realität dar, dass von einem sicherheitspolitischen Erfolg keine Rede sein kann. Gehören doch die (vergleichsweise) «seligen» Zeiten endgültig der Vergangenheit an, in denen sich Ost und West auch in Europa nur mit nuklearen Waffen bedrohten, die allein zur Vergeltungs-

drohung, nicht aber zum nuklearen Überraschungsangriff taugten, weil sie zwar grosse Schäden anrichten, aber das Vergeltungspotential der Gegenseite nicht ausschalten konnten. Weitgehende Unverwundbarkeit war ja nicht nur ein Merkmal der grösstenteils auf U-Booten bereitgehaltenen Mittelstreckensysteme des Westens, auch die sowjetischen SS-20-Raketen konnten, obwohl auf dem Land stationiert, wegen ihrer Reichweite in der Tiefe der UdSSR so aufgelockert und versteckt in Stellung gebracht werden, dass ihre Ortung nur schwer möglich und ihre Zerstörung mit den damals im Westen vorhandenen Nuklearwaffen so gut wie unmöglich war. Keine Seite brauchte sich deshalb zum frühzeitigen Einsatz ihrer wichtigsten Nuklearpotentiale in den ersten Kriegstagen oder gar schon an der Schwelle zum Krieg gezwungen fühlen, weil ein erfolgreicher Überraschungsangriff des potentiellen Gegners zur drastischen Reduzierung des eigenen Vergeltungspotentials nicht zu befürchten war.

Mit der Stationierung neuartiger, extrem treffgenauer Nuklearwaffen zuerst in West- und dann auch in Osteuropa, jeweils nur wenige 100 km von der Grenze zwischen NATO und Warschauer Pakt entfernt und darum leicht ort- und angreifbar, haben sich nun beide Seiten selbst unter eben diesen Zwang gesetzt, im Krisenfall nach dem Motto «use them or lose them» frei übersetzt: «verwende Deine Waffen, oder lass sie Dir aus der Hand schlagen», zu handeln. Dass damit weder einem stabilen Ost-West-Verhältnis noch einem erfolversprechenden Krisenmanagement im Fall einer Zeit politischer Hochspannung gedient ist, liegt auf der Hand. Militärisches Denken geht ja auf beiden Seiten stets vom ungünstigsten Fall aus, und ein noch ungünstigerer Fall als der gelun-

gene Überraschungsangriff mit treffgenauen Nuklearwaffen ist schwer vorstellbar. Besonders dann, wenn der Überraschungseffekt durch Verwendung von Raketen mit kurzen Flug- und Warnzeiten, wie sie für die amerikanischen Pershing-2-Systeme und die sowjetischen SS-22- und SS-23-Raketen kennzeichnend sind, und den Einsatz von zwar langsamer fliegenden, durch die Tiefstflugeigenschaft aber der Radarerkennung entzogenen Marschflugkörpern, wie sie auf beiden Seiten vorhanden sind, noch vergrössert wird.

Im Westen wird solchen Befürchtungen meist entgegengehalten, dass die rund 500 amerikanischen Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper in Westeuropa für einen Überraschungsangriff gar nicht in Frage kämen, weil ihre Anzahl und Reichweite keine «Erstschlagsfähigkeit» begründen würde. Dabei wird unter «Erstschlag» allein die angriffsweise Zerstörung der sowjetischen Interkontinentalraketen in ihren Silos verstanden, wofür amerikanische Pershing-2-Raketen und Marschflugkörper weder gedacht noch geeignet sind. Doch diese willkürliche Verengung des Begriffs «Erstschlag» auf nur eine militärische Option ist nicht gerechtfertigt. Bei jedem schlagartigen und überraschenden Einsatz einer Vielzahl von Nuklearwaffen, die in der Erwartung abgefeuert werden, dem Angegriffenen einen Schaden von strategischer Bedeutung zuzufügen, würde es sich um einen «Erstschlag» im reinsten Wortsinn handeln. Und dass z.B. die schlagartige Zerstörung von rund 500 wichtigen Führungszentralen des Warschauer Paktes in der westlichen UdSSR, in Polen, in der DDR und in der CSSR eine drastische Reduzierung der Fähigkeit des Ostens zur koordinierten Land-, Luft- und Raketenkriegführung und deshalb einen Schaden von

strategischer Bedeutung zur Folge haben würde, kann nicht bezweifelt werden. Zu Recht sprechen die Rüstungskritiker beiderseits des Atlantik deshalb von einer «Erstschlagfähigkeit» der neuen amerikanischen Mittelstreckenwaffen im Rahmen der ebenfalls neuen amerikanischen «Enthauptungsstrategie»; unter ihnen übrigens auch ein früherer Chefkonstrukteur der neuen amerikanischen Waffengeneration, Robert C. Aldridge, in seinem nun auch in deutscher Übersetzung erschienen Buch «First Strike».

Die für Europa neuentwickelten Nuklearwaffen beider Supermächte sind sowohl hinsichtlich ihrer Stationierung auf dem Boden der jeweiligen Verbündeten als auch in bezug auf Verwundbarkeit, Treffgenauigkeit und kurzer Flugzeit bei Raketen bzw. Unterfliegen der Radarerkennung bei Marschflugkörpern weitgehend vergleichbar. Absolut unvergleichbar sind hingegen Ausmass und Bedeutung der Schäden, die mit diesen Systemen der Gegenseite angedroht werden. Während nämlich die amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Europa bei einem Enthauptungsschlag gegen Ziele in der Führungsorganisation des Warschauer Paktes auch die östliche Supermacht unmittelbar treffen und ihre Reaktionsfähigkeit entscheidend reduzieren würden, könnten die taktisch-operativen Systeme der UdSSR in Ostdeutschland und in der Tschechoslowakei Ziele im Westen nur in Europa, nicht jedoch in den USA zerstören und deshalb auch die Kriegsführungsfähigkeit der westlichen Supermacht nicht unmittelbar beeinträchtigen. Ein gravierender Vorteil für die Vereinigten Staaten, den die UdSSR auch mit ihren SS-20-Raketen nicht wettmachen kann, allenfalls mit einem Einsatz ihrer strategischen Nuklearwaffen ausgleichen könnte. Ein solcher Ein-

satz würde freilich unvermeidlich den Gegenschlag der USA mit ihrem nach wie vor überlegenen strategischen Nuklearpotential auslösen und darum auch für die Sowjetunion alles andere als vorteilhaft sein. Die Asymmetrie in den beiderseitigen Drohmöglichkeiten ist und bleibt ein von der amerikanischen Rüstungsüberlegenheit und den geostrategischen Gegebenheiten bedingtes und von der Sowjetunion mit keiner denkbaren Anstrengung grundlegend veränderbares Faktum.

Eine ähnliche Asymmetrie zum Vorteil der USA ist auch für die strategische Rüstung der beiden Supermächte kennzeichnend. Dabei ist von geringster Bedeutung, dass die Vereinigten Staaten der UdSSR in der Anzahl der Gefechtsköpfe strategischer Systeme (mit rund 9500 : 8000 Gefechtsköpfen) nach wie vor überlegen sind, wie der US-Senator Carl Levin, Mitglied des US-Verteidigungsausschusses, in einer Kräftevergleichsstudie einmal mehr belegt hat, die sich auf offizielle amerikanische Unterlagen stützt. Von geringster Bedeutung ist deshalb, weil oberhalb einer Gefechtskopfanzahl, die zur Androhung vernichtender Schäden ausreicht und von Experten auf einen Bruchteil der vorhandenen Grössenordnung geschätzt wird, die Frage der numerischen Überlegenheit ohne jede politische und militärische Relevanz. Von um so grösserem Gewicht ist jedoch der Grad der Verwundbarkeit der beiderseitigen strategischen Potentiale und nur im Zusammenhang damit auch die Steigerung der Treffgenauigkeit der Systeme. In beiden, nur miteinander verknüpft zu bewertenden Bereichen liegt der Vorteil eindeutig bei den USA. Diese haben nur rund 20% ihrer strategischen Nuklearwaffen als Interkontinentalraketen auf dem Festland in gehärteten Silos in Stellung gebracht. Nur dieses

Fünftel der strategischen amerikanischen Systeme muss deshalb als verwundbar gelten, weil es in den Silos zerstört werden könnte, sollte sich ein Angreifer, der über ausreichend treffgenaue Interkontinentalraketen verfügt, zu einem überraschenden Erstschlag entschliessen. Da jedoch rund 60% der amerikanischen strategischen Nuklearwaffen aus nahezu unverwundbaren U-Boot-Raketen und rund 20% aus schwer verwundbaren strategischen Bombern bestehen, wäre ein Erstschlag der Sowjetunion, mit dem höchstens jenes Fünftel des amerikanischen Vergeltungspotentials ausgeschaltet werden könnte, das auf dem Festland unterhalten wird, purer Selbstmord. Das bedeutet, dass die vom Westen regelmässig als Beweis für eine wachsende sowjetische Erstschlagfähigkeit ins Feld geführte grössere Treffgenauigkeit sowjetischer Interkontinentalraketen tatsächlich keine neue Bedrohung darstellt, weil die UdSSR das amerikanische strategische Potential mit noch so vielen und noch so treffgenauen Nuklearwaffen grosser Reichweite nicht entscheidend reduzieren kann. Da die Verteilung der amerikanischen strategischen Systeme auf Raketen in Silos, U-Boot-Raketen und strategische Bomber von der UdSSR als konstante, nicht beeinflussbare Tatsache in Kauf genommen werden muss, ändert sich an dieser einen sowjetischen Erstschlag mit strategischen Waffen ausschliessenden Situation auch in Zukunft nichts.

Ganz anders fallen dagegen die Kriterien «Verwundbarkeit» und «Treffgenauigkeit» in amerikanischen Erfolgs- und Risikoanalysen ins Gewicht. Die UdSSR hält rund 75% ihres strategischen Nuklearpotentials in Form von landgestützten Interkontinentalraketen in ortsfesten Silos bereit. Nur etwa 20% machen U-Boot-Raketen, nur etwa

5% strategische Bomber aus, die den amerikanischen technisch nicht gleichwertig sind.

Daraus ergibt sich, dass ganz anders als auf der amerikanischen Seite die Masse der sowjetischen Nuklearwaffen mit grosser Reichweite relativ verwundbar ist und in den zu ortenden und anzielbaren Silos von treffgenauen Nuklearwaffen entsprechender Reichweite zerstört werden kann. Treffgenauigkeit bei strategischen Systemen hat demnach für die USA einen ungleich höheren Stellenwert, weil sie die Möglichkeit begründet, mit einem überraschenden Erstschlag den Grossteil des sowjetischen Vergeltungspotentials auszuschalten und damit die Fähigkeit der östlichen Supermacht, einen Vergeltungsschlag zu führen, drastisch zu reduzieren. Und zwar so drastisch, dass die Annahme realistisch wird, die in solcher Weise weitgehend nuklear entwaffnete Gegenmacht würde zum Einsatz des verbleibenden Fünftels ihrer strategischen Nuklearwaffen nicht mehr fähig oder bereit sein; schon gar nicht dann, wenn ein «Schutzbild» im Weltraum jeden noch zu befürchtenden Schaden soweit mildern würde, dass das verbleibende Restrisiko in Kauf genommen werden kann.

Vor dem Hintergrund der beschriebenen Chancengleichheit müssen die forcierten Anstrengungen der USA zur Entwicklung und Produktion extrem treffgenauer strategischer Nuklearwaffen wie der MX-Interkontinentalraketen und der Trident-2-U-Boot-Raketen als besonders bedenklich und destabilisierend bewertet werden. Da diese Systeme nach amerikanischen Angaben in der Treffgenauigkeit den eurostrategischen Pershing-2-Raketen nicht nachstehen werden, sind sie zwangsläufig ebenfalls als Angriffswaffen zu betrachten, deren Besitz wegen der Ver-

wundbarkeit des Grossteils der sowjetischen strategischen Nuklearwaffen – kaum ungewollt – eine bisher nicht dagewesene Erstschlagfähigkeit der USA auch im Bereich der strategischen Rüstung zur Folge haben muss. In diesen Rüstungsprogrammen wird deshalb eine zunehmende amerikanische Bereitschaft erkennbar, auch den Überraschungsangriff mit strategischen Nuklearwaffen als denkbare Option in die politischen und strategischen Planungen einzubeziehen. Auch dies ist keine besonders erfreuliche Perspektive, die zur Schlussfolgerung zwingt, dass die schon im eurostrategischen Bereich sichtbar gewordene Tendenz zum Anrüsten einer amerikanischen Fähigkeit zur nuklearen Offensive in der strategischen Rüstung ihre nicht minder riskante Entsprechung findet.

Auch die Entwicklung in der sogenannten Weltraumrüstung weist leider in diese Richtung. Zwar betonen die USA, dass der angestrebte «Schutzschild» im Weltraum rein defensiven Charakter habe, weil er ja lediglich dazu bestimmt sei, anfliegende Sowjetraketen abzufangen, bevor sie die anvisierten Ziele in den Vereinigten Staaten erreicht hätten. Und der amerikanische Präsident meinte in seiner Ansprache aus Anlass seiner Verteidigung am 22.1.1985 gar, «solch ein Schild würde nicht Menschen umbringen, sondern Waffen vernichten; nicht den Weltraum militarisieren, sondern dazu beitragen, die Erde zu entmilitarisieren», womit er wohl zum rein humanitären Projekt deklariert werden sollte. Doch eine unvoreingenommene Bewertung des Schutzschild-Vorhabens kommt leider zu anderen Ergebnissen.

Zunächst ist festzustellen, dass ein Schutzschild im Weltraum nur dann nicht fragwürdig wäre, wenn seine Errichtung vom gleichzeitigen Verzicht auf alle

offensiv verwendbaren Nuklearpotentiale begleitet werden würde. Die Konzentration der eigenen technischen und finanziellen Möglichkeiten auf die Abwehr befürchteter Raketenangriffe wäre dann kaum zu beanstanden und könnte auch eine Abkehr von der Strategie einer Friedenssicherung durch Abschreckung, also durch die Fähigkeit zum nuklearen Vergeltungsschlag einleiten. Denn wo kein Angriff mehr befürchtet werden müsste, wäre ja auch jede Vergeltungsdrohung entbehrlich. Doch so liegen die Dinge ja keineswegs. Von einem Verzicht auf den Ausbau nuklearer Offensivpotentiale im Vertrauen auf die Wirksamkeit des Schutzschildes im Weltraum kann keine Rede sein. Im Gegenteil: Parallel zur forcierten Entwicklung einer leistungsfähigen Raketenabwehr unter Einsatz ungeheurer Geldmittel treiben die USA unter ebenfalls hohem finanziellen Aufwand auch die Entwicklung und Produktion strategischer Offensivwaffen skrupellos voran. Damit wird ein Zustand angestrebt, in dem die Fähigkeit zum nuklearen Angriff nicht länger durch die Furcht vor einer nuklearen Reaktion des Angegriffenen beeinträchtigt wird, wie stark diese Reaktionsmöglichkeiten auch bereits durch die grössere Verwundbarkeit sowjetischer Interkontinentalraketen eingeschränkt sein mögen.

Man muss weder Zyniker noch Hellseher sein, um voraussagen zu können, dass die endgültige Befreiung von dem Risiko der nuklearen Reaktion des potentiellen Gegners durch eine einsatzreife und erfolgversprechende Raketenabwehr zwangsläufig auch die Neigung verstärken muss, von der eigenen Angriffsfähigkeit bedenkenloser Gebrauch zu machen, oder zumindest diesen Gebrauch anzudrohen, als es in den Jahrzehnten

der «Mutual Assured Destruction» möglich war. Mit dem amerikanischen Raketenabwehrprogramm wird das bereits brüchig gewordene Prinzip der garantierten, gegenseitigen Vernichtung endgültig in ein solches der einseitigen, risikolosen Zerstörung umgewandelt. Damit würde jedoch ein äusserst fragiler Zustand geschaffen werden, in dessen Vorfeld bereits mit sowjetischen Versuchen gerechnet werden müsste, der unabwendbar näherrückenden nuklearstrategischen Unterlegenheit durch eine Flucht nach vorne zu entgehen. Da die UdSSR weder technologisch noch finanziell in der Lage ist, mit der amerikanischen Weltraumrüstung gleichzuziehen und sich einen ebenso wirksamen Schutzschild gegen amerikanische Raketen zuzulegen, kann es leicht sein, dass mit dem Fortschreiten des Anti-Raketen-Projekts der USA in der sowjetischen Führung Kräfte nach vorne drängen, die vom Abwarten wenig halten und eher dazu neigen, das eigene Nuklearpotential in die Waagschale zu werfen, solange es noch Gewicht hat.

Die am 12. März 1985 in Genf begonnenen Rüstungskontrollgespräche von Amerikanern und Russen berechtigen leider nicht zur Hoffnung auf Ergebnisse, die geeignet wären, die Welt von der Angst vor Nuklearwaffen zu befreien. Schon die vom amerikanischen Präsidenten bestimmten Delegationsleiter lassen wenig Kompromissbereitschaft erwarten. Auch die offensichtlichen Kontroversen im Vorfeld der Gespräche stimmten nicht optimistisch. Mit den Erklärungen des amerikanischen Präsidenten und seines Verteidigungsministers, vom «Schutzschild» im Weltraum keinesfalls abzugehen und die Entwicklungsarbeiten daran ungerührt fortzusetzen, sowie mit der sowjetischen Vorbedingung, die USA müssten auf die-

ses Vorhaben verzichten, wurden Barrieren aufgebaut, die unverrückbar zu sein scheinen und in unguter Weise an die nicht verhandelbare «Null-Lösung» am Beginn der seinerzeitigen INF-Gespräche erinnern.

Am schlimmsten ist jedoch, dass der Gedanke an ein Moratorium für die voraussichtlich lange Gesprächsdauer, mit dem die beiderseitigen Nuklearwaffen auf dem gegenwärtigen Stand hätten eingefroren werden können, von den USA kühl vom Tisch gewischt wurde. Wenn die beiderseitigen Rüstungsprogramme jedoch während jahrelanger Verhandlungen weiter vorangetrieben werden und damit zunehmende Instabilität bewirken, ist schwer vorstellbar, dass im Endergebnis der Gespräche alles Geschehene wieder rückgängig gemacht und eine im Vergleich zur Ost-West-Situation vor Beginn der Pershing-Stationierung günstigere Lage geschaffen werden kann.

Die seit November 1983 eingetretene und sich für die Zukunft abzeichnende Rüstungs- und Strategieentwicklung im eurostrategischen und im strategischen Bereich sowie im Weltraum bestätigen die schlimmsten Befürchtungen der Friedensbewegung und ihre kritischen Analysen in bedenklichster Weise. Die bloße Tatsache, dass in Genf seit dem 12.3.1985 wieder verhandelt wird, nimmt diesen Befürchtungen und Analysen nichts von ihrer Berechtigung. Eher gibt sie zu der Besorgnis Anlass, dass das Alibi jahrelanger, zähflüssiger Gespräche schamlos ausgenutzt wird, um die eigenen Rüstungsanstrengungen weiter voranzutreiben und als unvermeidliche Folge mangelnder Kompromissbereitschaft auf der jeweils anderen Seite darzustellen.

Genf widerlegt die Friedensbewegung deshalb nicht. Im Gegenteil, der offensichtliche Wi-

derspruch zwischen den vorgegebenen Gesprächsabsichten einerseits und der vorprogrammierten Aufrüstung andererseits belegt eindringlich die Notwendigkeit des weltweiten Protests gegen Ursachen und Folgen des menschenverachtenden Wettrüstens der Supermächte und ihrer Helfer. Beweist die Entwicklung doch, wie gerechtfertigt die Warnungen vor einer Politik waren, die vorgab, Abrüstung mit Aufrüstung erzwingen zu wollen, tatsächlich aber eine neue, dramatische Rüstungseskalation zu verantworten hat, deren Bedrohlichkeit von dem Nebeneffekt erneuter Rüstungskontrollgespräche kaum gemindert wird. Wenn überhaupt etwas zu der Hoffnung auf Rüstungsverzicht und Abrüstung in der Zukunft berechtigt, dann nicht diese Gespräche, sondern der ungebrochene Wille von immer mehr Menschen, der Teilnahme am Wettrüsten, im eigenen Land beginnend, ein Ende zu machen.

Aktuelle Bücher

Karl Marx und die Literatur

Das ungewöhnlich starke Interesse, das der in sovielen ganz andersgearteten Disziplinen bewanderte Karl Marx Zeit seines Lebens an den Werken der Weltliteratur genommen hat, hat schon manchen Kommentator inspiriert – es sei nur an das anregungsreiche Buch des amerikanischen Germanisten Peter Demetz «Marx, Engels und die Dichter» (Stuttgart 1959) erinnert. Aber keiner hat es noch in einer so systematischen und umfassenden Weise getan wie Pro-

fessor S.S. Prawer, Germanist an der Universität Oxford, dessen ursprünglich 1976 englisch erschienenen Buch «Karl Marx and World Literature» nun in einer ausgezeichneten Übersetzung von Christian Spiel auf deutsch vorliegt.

Prawer verfolgt alle Stadien im Leben von Marx und alle seine Werke, um nachzuweisen, ob und wie sie in dem ganz ausserordentlichen Bilderreichtum seiner Sprache von Werken der schönen Literatur, etwa von

Heine, aber auch von weniger bekannten Autoren beeinflusst sind. Dass der junge Marx selbst – konventionelle und uninteressante – Gedichte geschrieben hat, wird als eine verzeihliche Jugendsünde kurz abgetan. Aber wenn einem der Karl Marx, wie er uns in einem mit grossem Verständnis auch für die Lehren des Marxismus geschriebenen Buch entgegentritt, aus keinem anderen Grund imponieren sollte, dann wäre es der Umfang seiner Sprachkenntnisse. Ausser in seiner Muttersprache war Marx des Englischen und Französischen mächtig, was ihm aber nicht genügte, denn er lernte durch Lektüre Dantes und Machiavellis Italienisch, durch Cervantes und Calderon Spanisch, und an Hand von Puschkins Eugen Onegin und Alexander Herzens Memoiren versuchte er auch, ins Russische einzu-